

Beratungsaufkommen bei OFEK im Zeitraum Oktober 2024 bis März 2025

Auswertung

Im dritten Halbjahr nach den Massakern des 7. Oktober 2023 – zwischen Oktober 2024 und März 2025 – blieb das Beratungsaufkommen bei OFEK weiterhin auf sehr hohem Niveau. Nachdem sich im ersten Jahr nach dem 7. Oktober die Zahl der Beratungsanfragen infolge eines sprunghaften Anstiegs antisemitischer Straftaten und Vorfälle verfünffacht hatte, hat sich dieses Niveau seither zwar leicht verringert, bleibt jedoch deutlich über dem Stand der Zeit vor dem 7. Oktober.

Trotz zunehmender zeitlicher Distanz zum 7. Oktober ist das Fallaufkommen anhaltend hoch: Von Oktober 2024 bis Ende März 2025 hat OFEK insgesamt **661 Fälle** aufgenommen und umfassend beraten – das sind 25 Prozent mehr als im vorangegangenen Halbjahr (April bis September 2024: 530 Fälle).

Von den **661 Beratungsfällen** hatten **630 Fälle** einen direkten Bezug zu Antisemitismus. Davon wiederum bezogen sich **485 Beratungen** auf konkrete antisemitische Vorfälle im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, im Kulturbetrieb, oder im Bildungskontext. Weitere **145 Fälle** bezogen sich auf psychosoziale Belastungen infolge der aktuellen politischen Lage und der anhaltenden Folgen des 7. Oktober – etwa Sorgen um Angehörige, Sicherheitsfragen, aber auch Diskriminierung und Ausschluss.

Wie bereits in den Vorjahren erreichten die meisten Beratungsanfragen den Berliner Standort von OFEK, mit **349 Fällen**. Berlin ist zugleich der größte Standort der Organisation. Aus weiteren Bundesländern mit eigenen Standorten kamen ebenfalls zahlreiche Fälle: **87 Fälle** aus Hessen, **75** aus Baden-Württemberg, **26** aus Sachsen und **20** aus Sachsen-Anhalt.

Ein bedeutender Schwerpunkt der Arbeit von OFEK liegt weiterhin in der Beratung von Jugendlichen, Familien und Studierenden. Insgesamt wurden **87 Fälle im schulischen Kontext** aufgenommen und beraten – das entspricht 18 Prozent aller Beratungen zu antisemitischen Erfahrungen. Die Fallzahlen verteilten sich wie folgt: 29 Fälle in Berlin, je 13 in Baden-

Württemberg und Hessen, 10 in Sachsen und 22 in anderen Bundesländern.

57 Beratungsfälle betrafen antisemitische Vorfälle an Hochschulen (12 Prozent der Beratungen zu antisemitischen Vorfällen), darunter 21 aus Berlin, 10 aus Baden-Württemberg sowie je 6 aus Hessen und Niedersachsen. Zusätzlich wurden **47 Fachberatungen zum Interventionsmanagement und zur Begleitung (potenziell) Betroffener an Hochschulen** durchgeführt. Studierende mit jüdischer Identität oder Familiengeschichte wurden darüber hinaus durch **12 angeleitete Gesprächsrunden („Safer Spaces“)** unterstützt.

Auch aus dem Kunst- und Kulturbetrieb erreichten OFEK zahlreiche Anfragen: **38 Beratungsanfragen** bezogen sich auf antisemitische Vorfälle in diesem Bereich, darunter **21 Fälle** aus Berlin. Seit Jahresbeginn bündelt OFEK gemeinsam mit dem Institut für Neue Soziale Plastik im Rahmen des Projekts **Open Arts Hub Berlin** Unterstützungsangebote für Kulturschaffende.

Das psychologische Team von OFEK leistet professionellen Support für besonders belastete Ratsuchende. Im Berichtszeitraum wurde in **62 Fällen eine weiterführende psychologische Beratung** angefragt. Insgesamt fanden **185 psychologische Sitzungen** statt – ein erneuter Hinweis auf den anhaltenden Bedarf an psychosozialer Unterstützung in Krisenzeiten.

Im Bereich Empowerment und Stärkung der Resilienz jüdischer Gemeinschaften führte OFEK 15 Gesprächsrunden („Safer Spaces“) mit 197 Teilnehmenden durch. Zusätzlich fanden sieben Empowerment-Workshops mit 205 Teilnehmenden sowie neun Veranstaltungen mit Awareness-Begleitung statt, an denen insgesamt 1.078 Personen teilnahmen.

Die Fachberatung von Institutionen – jüdischen ebenso wie nichtjüdischen – bildet neben der individuellen Beratung eine zentrale Säule der Arbeit von OFEK. Die Nachfrage nach Begleitung, etwa bei der Entwicklung von Schutz- und Sicherheitskonzepten sowie im Umgang mit Krieg und Krisen, bleibt hoch. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum **108 Fachberatungen** mit 1.464 Teilnehmenden sowie 22 Krisensupervisionen und -beratungen mit 266 Teilnehmenden durchgeführt.

Wir danken unseren Partner:innen, darunter Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd), Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), AMCHA Deutschland, Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (Bundesverband RIAS) e.V., Ernst Ludwig Ehrlich Studienwerk (ELES), Jüdische Studierendenunion Deutschland (JSUD), Keshet Deutschland e.V., Kompetenzzentrum für antisemitismuskritische Bildung und Forschung (KOAS), Makkabi Deutschland e.V., Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG), Zentralrat der Juden in Deutschland, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) und vielen anderen.

OFEK e.V. ist die erste Fachberatungsstelle in Deutschland, die auf Antisemitismus und Community-basierte Betroffenenberatung bei Gewalt und Diskriminierung spezialisiert ist. OFEK arbeitet bundesweit und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz: Psychosoziale und rechtliche Beratung von Betroffenen bei Fällen mit und ohne Straftatbestand, Stärkung und Empowerment der jüdischen Community, institutionelle Beratung für Institutionen wie Schulen und Hochschulen, fachpolitische Interessensvertretung. Die Beratung von Betroffenen orientiert sich an Qualitätsstandards professioneller Opfer- und Antidiskriminierungsberatung. OFEK ist erreichbar über die bundesweite Hotline und verfügt über Beratungsstandorte in Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen (im Aufbau). Außerdem ist OFEK Trägerverein zweier RIAS-Meldestellen in Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Standorte und Projekte von OFEK e.V. werden gefördert durch

- das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“;
- die Antidiskriminierungsstelle des Bundes im Rahmen des Förderprogramms „respekt*land. Antidiskriminierungsberatung für ganz Deutschland“;
- das Bundesministerium des Innern aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages;
- das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration und das Staatsministerium Baden-Württemberg aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat;

die Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration,
Vielfalt und Antidiskriminierung Berlin im Rahmen des Programms
„Demokratie. Vielfalt. Respekt“;
die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Berlin;
das Landesprogramm „Hessen – Aktiv für Demokratie und gegen
Extremismus“;
das Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes
Sachsen-Anhalt im Rahmen des Landesprogramms
„#wirsinddasland. Demokratie, Vielfalt, Weltoffenheit. In Sachsen-
Anhalt“;
Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt;
und das Staatsministerium für Kultus des Freistaats Sachsen.